

### EU-Osterweiterung

#### Reformen fördern Wachstum

Mit der Erneuerung ihrer Institutionen haben die EU-Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa in den vergangenen Jahren nicht nur die Anforderungen aus Brüssel erfüllt, sondern vor allem auch ihre Wirtschaft angekurbelt. Gerade die baltischen Staaten konnten bei den institutionellen Reformen – zu denen etwa die Stärkung der Eigentumsrechte und die bessere Verankerung der Rechtsstaatlichkeit zählen – zwischen 1996 und 2000 deutliche Fortschritte erzielen. Nicht zuletzt deshalb wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 1995 bis 2003 in Litauen im Jahresschnitt um 5,9 Prozent, in Estland um 6,3 Prozent und in Lettland sogar um 6,6 Prozent. Im Gegensatz dazu haben sich die institutionellen Rahmenbedingungen z.B. in Rumänien während der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eher verschlechtert. Die Rumänen leiden dabei noch immer unter den Altlasten des Ceausescu-Regimes. Vor allem aber hat die Führung in Bukarest erst sehr spät mit wirtschaftlichen Reformen Ernst gemacht. Als Konsequenz daraus legte die rumänische Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung seit 1995 gerade mal um 1,3 Prozent jährlich zu.

Darüber hinaus haben auch die Bemühungen der EU-Anwärerstaaten, die Inflation in den Griff zu bekommen, die Wachstumsbilanz in Mittel- und Osteuropa positiv beeinflusst. Polen etwa, dessen Preissteigerungsrate von 15 Prozent im Jahr 1997 auf unter 1 Prozent im vergangenen Jahr zurückging, konnte sein reales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den vergangenen acht Jahren immerhin um 3,8 Prozent jährlich steigern.

**Berthold Busch, Jürgen Matthes: Institutionelle Transformation und wirtschaftliche Performance, in: iw-trends 1/2004**

**Gesprächspartner im IW:** Dr. Berthold Busch, Telefon: (02 21) 49 81-7 62



# Brüssel weist den Wachstumsweg

Die EU-Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa haben ihre Institutionen in den vergangenen Jahren gründlich reformiert und damit den von Brüssel vorgegebenen Weg verfolgt. Die Verbesserung der staatlichen Ordnung und sonstigen Rahmenbedingungen trug dazu bei, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.\*)

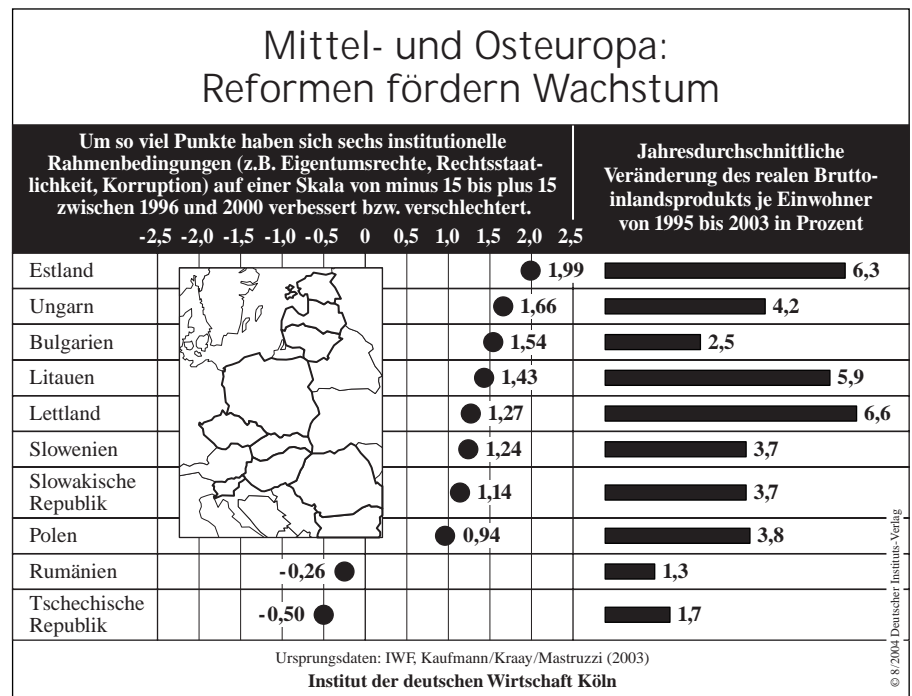
Die acht mittel- und osteuropäischen Länder, die die Europäische Union (EU) am 1. Mai als neue Mitglieder begrüßt, sowie Bulgarien und Rumänien, die auf einen Beitritt in wenigen Jahren hoffen, haben einen weiten Weg hinter sich. Nach dem Ende der kommunistischen Ära mussten die meisten Staaten ihre wirtschaftlichen Strukturen komplett umkrempeln, um im internationalen Spiel der Marktkräfte mithalten zu können.

Entsprechend verordneten sich die Regierungen eine mehr oder weniger schmerzhaft Reformtherapie, wobei die bitteren Pillen in den einzelnen Ländern unterschiedlich schnell geschluckt wurden. So hatten Ungarn und Slowenien sogar schon vor 1990 marktwirtschaftliche Elemente eingeführt.

Aber auch Polen befreite seine Wirtschaft recht zügig von sozialistischen Fesseln – mit Erfolg. Denn ebenso wie Budapest und Ljubljana kehrte Warschau nach einem leichten Einbruch zu Beginn des Transformationsprozesses schnell wieder auf den Wachstumspfad zurück und verbucht seither Jahr für Jahr eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP):

**Im Jahr 2003 überstieg die polnische Wirtschaftsleistung den Wert von 1990 bereits um gut 50 Prozent.**

Die baltischen Staaten konnten dagegen das Projekt Marktwirtschaft erst nach der Loslösung von der ehemaligen Sowjetunion in Angriff nehmen, haben aber seitdem kräftig aufgeholt. Dies zeigen auch die zwischen 1996 und 2000 realisierten institutionellen Reformen – zu denen etwa die Stärkung der Eigentumsrechte und die bessere Verankerung der Rechtsstaatlichkeit zählen (Grafik):



**Seit Mitte der neunziger Jahre konnten Estland, Litauen und Lettland deutliche Reformfortschritte erzielen – nicht zuletzt deshalb wuchs das reale BIP je Einwohner in den Baltischen Staaten seit 1995 im Schnitt um jährlich etwa 6 Prozent.**

Im Gegensatz dazu haben sich die institutionellen Rahmenbedingungen in der Tschechischen Republik und Rumänien in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eher verschlechtert. Die Rumänen leiden noch immer unter den Altlasten des früheren Ceausescu-Regimes, dessen Autarkiepolitik die Infrastruktur verkommen und die Bevölkerung verarmen ließ. Zudem hat die Führung in Bukarest aber auch erst sehr spät mit wirtschaftspolitischen Reformen Ernst gemacht. Die Quittung:

**Von 1995 bis 2003 stieg die rumänische Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung im Jahresschnitt nur um 1,3 Prozent.**

Allerdings kann darüber spekuliert werden, ob die Wachstumsbilanz ohne die Hoffnung auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft nicht noch schlechter ausgefallen wäre. Insgesamt hat die EU mit ihren 1993 formulierten Beitrittskriterien – dem Nachweis einer funktionierenden Marktwirtschaft und der Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck in der Gemeinschaft standzuhalten – zweifels- ohne den Reformkurs in den mittel- und osteuropäischen Staaten vorgezeichnet und damit deren Wirtschaft beflügelt.

Dies gilt ebenfalls im Hinblick auf die Preisentwicklung. Diese beeinflusst das Wirtschaftswachstum, weil hohe Teuerungsraten das Vertrauen der Unternehmen und Haushalte z.B. auf den Werterhalt ihrer Investitionen bzw. ihrer Einkommen untergraben. Im Zuge der Vorbereitungen auf die EU-Mitgliedschaft wurde denn auch kräftig auf die Preisbremse getreten:

**In Polen etwa sank die Inflationsrate von 15 Prozent im Jahr 1997 auf unter 1 Prozent im vergangenen Jahr. In Bulgarien konnte der Preisanstieg sogar von über 1.000 auf etwa 2 Prozent reduziert werden.**

Damit kamen die EU-Aspiranten nicht nur den Brüsseler Forderungen nach einem stabilen geldpolitischen Umfeld nach, sondern haben auch dafür gesorgt, dass Sand aus dem Getriebe ihres Wirtschaftsmotors entfernt wurde.

Damit kamen die EU-Aspiranten nicht nur den Brüsseler Forderungen nach einem stabilen geldpolitischen Umfeld nach, sondern haben auch dafür gesorgt, dass Sand aus dem Getriebe ihres Wirtschaftsmotors entfernt wurde.

\*) Vgl. Berthold Busch, Jürgen Matthes: Institutionelle Transformation und wirtschaftliche Performance, in: iw-trends 1/2004